Kleine Anfrage

des Abg. Klaus Ranger SPD

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Migration

Bearbeitung von Vergütungsanträgen gesetzlich bestellter Berufsbetreuer

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wer ist für die Bearbeitung von Vergütungsanträgen gesetzlich bestellter Berufsbetreuer zuständig, sofern diese nicht von den zu betreuenden Personen selbst bezahlt werden?
2. Wie lange beträgt die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Vergütungsanträgen gesetzlich bestellter Betreuer in Baden-Württemberg?
3. In welchem Umfang sind der Landesregierung Verzögerungen bei der Bearbeitung von Vergütungsanträgen gesetzlich bestellter Berufsbetreuer bekannt (aufgeteilt nach Landgerichtsbezirk)?
4. Sofern der Landesregierung Verzögerungen nach Frage 3 bekannt sind, auf welche Höhe belaufen sich die Vergütungen im Durchschnitt (aufgeteilt nach Landgerichtsbezirk)?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um zeitliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Vergütungsanträgen zu beheben?

5.12.2024

Ranger SPD

Begründung

An den Fragesteller ist ein Bürger herangetreten, der sich über die Bearbeitungsdauer von Vergütungsanträgen gesetzlich bestellter Berufsbetreuer beschwerte. Dem Bürger zufolge seien die Verzögerungen nicht nur in zeitlicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Höhe der ausstehenden Beträge nicht akzeptabel. Mit Hilfe dieser Kleinen Anfrage soll ermittelt werden, ob ein systematisch größeres Problem vorliegt und mit welchen Maßnahmen die Landesregierung eine Lösung herbeiführen will.

Antwort

Mit Schreiben vom 10. Januar 2025 Nr. JUMRII-JUM-3475-70/14/5 beantwortet das Ministerium der Justiz und für Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wer ist für die Bearbeitung von Vergütungsanträgen gesetzlich bestellter Berufsbetreuer zuständig, sofern diese nicht von den zu betreuenden Personen selbst bezahlt werden?

Zu 1.:

Für die Festsetzung der Betreuervergütung durch Beschluss sind die Rechtspfleger und Bezirksnotare bei dem Amtsgericht – Betreuungsgericht – zuständig. Nach § 292 Absatz 5 FamFG besteht die Möglichkeit, dass Ansprüche des Betreuers auf Vergütung, die aus der Staatskasse verlangt werden können, in einem vereinfachten Festsetzungsverfahren geltend gemacht werden können, wenn eine förmliche Festsetzung nicht beantragt ist. Zuständig für diese Form der Festsetzung ist der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle.

Grundsätzlich richtet sich der Anspruch des beruflichen Betreuers auf Vergütung gegen den Betreuten selbst, vgl. § 7 Absatz 1 des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG). Ist der Betreute allerdings mittellos, so kann der Betreuer die Vergütung aus der Staatskasse verlangen, vgl. § 16 Absatz 1 VBVG in Verbindung mit § 1880 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

2. Wie lange beträgt die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Vergütungsanträgen gesetzlich bestellter Betreuer in Baden-Württemberg?

Zu 2.:

Nach der bundeseinheitlichen Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik) werden in Betreuungsverfahren keine statistischen Merkmale zu den Eingangsdaten der Festsetzungsanträge und der sich hieran anschließenden Vergütungsfestsetzung erhoben. Daher stehen aus den Ergebnissen der bundeseinheitlichen amtlichen Statistik der Betreuungsverfahren keine Informationen darüber zur Verfügung, wie lange die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Vergütungsanträgen gegen die Staatskasse oder gegen den Betreuten beträgt.

3. In welchem Umfang sind der Landesregierung Verzögerungen bei der Bearbeitung von Vergütungsanträgen gesetzlich bestellter Berufsbetreuer bekannt (aufgeteilt nach Landgerichtsbezirk)?

4. Sofern der Landesregierung Verzögerungen nach Frage 3 bekannt sind, auf welche Höhe belaufen sich die Vergütungen im Durchschnitt (aufgeteilt nach Landgerichtsbezirk)?

Zu 3. und 4.:

Zu den Fragen 3 und 4 liegen mangels statistischer Erfassung von Bearbeitungszeiten von Vergütungsanträgen keine Erkenntnisse vor.

5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um zeitliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Vergütungsanträgen zu beheben?

Zu 5.:

Die Landesregierung gewährleistet eine angemessene personelle Ausstattung der Betreuungsgerichte zur zeitgerechten Bearbeitung der Vergütungsanträge von Berufsbetreuern.

Die für die Bearbeitung der Vergütungsanträge zuständigen Rechtspfleger und Bezirksnotare gehören dem gehobenen Dienst an. Die Personalausstattung in diesem Bereich stellte sich bei den Betreuungsgerichten in Baden-Württemberg nach dem in der Justiz eingesetzten Personalbedarfsberechnungssystem PEBB§Y im Durchschnitt des 4. Quartals 2023 bis 3. Quartal 2024 wie folgt dar:

Ist-AKA	Soll-AKA	Abweichung in AKA	Personaldeckungsgrad
171,47	168,70	(+) 2,77	102 %

Diesen Zahlen ist zu entnehmen, dass die Betreuungsgerichte im landweiten Durchschnitt im angegebenen Zeitraum über eine gute und angemessene (Voll-) Personalausstattung verfügten.

Nicht ausgeschlossen ist hierdurch jedoch, dass es bei einzelnen Betreuungsgerichten aufgrund von Personalausfällen- und wechseln zu vorübergehenden Personalunterdeckungen gekommen ist bzw. kommen kann, die sich unter Umständen auch auf die Bearbeitungsdauer von Vergütungsanträgen ausgewirkt haben bzw. auswirken können.

Im Übrigen sind die Rechtspfleger und Bezirksnotare sachlich unabhängig. Sie unterliegen entsprechend keinem Weisungsrecht hinsichtlich des Inhalts Ihrer Tätigkeit.

Darüber hinaus wirkt die Landesregierung aktiv an einem Gesetzesvorhaben des Bundesjustizministeriums mit, welches mit der anstehenden Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung eine Vereinfachung des bestehenden Vergütungssystems anstrebt. Diese Vereinfachung, die insbesondere eine wesentliche Reduzierung der Anzahl der bislang 60 unterschiedlichen Vergütungspauschalsätze zum Gegenstand hat, ist dazu geeignet, ein zügigeres Bearbeiten von Vergütungsanträgen seitens der Gerichte zu erleichtern.

Gentges

Ministerin der Justiz
und für Migration